

Alter schützt vor Armut nicht

Seniorenorganisationen für Ausbau von AHV und IV

crz. Bern, 14. Oktober

Es ist ein stets wiederkehrendes Phänomen: Seniorinnen und Senioren verbringen nicht alle ihre Sonntage – wie es das Klischee zuweilen zu implizieren vermag – Schwäne fütternd auf einer Bank am See, vielmehr nehmen sie ihre staatsbürgerlichen Rechte bei Abstimmungen und Wahlen mit einem besonderen Pflichtbewusstsein wahr. Politikverdrossenheit, wie sie sich bei vielen Teilen der Bevölkerung – und hier vor allem bei den Jüngeren – manifestiert, kann man den Rentnerinnen und Rentnern nur selten vorwerfen. Wen wundert es da, dass das für diese Bevölkerungsschicht besonders relevante Abstimmungsthema vom 4. Dezember über das neue *Krankenversicherungsgesetz* sowie die hochbrisante Frage um das Referendum gegen die *10. AHV-Revision* seitens der Gewerkschaften die Vereinigung aktiver Senioren- und Selbsthilfe-Organisationen der Schweiz (Vasos) in hohem Masse beschäftigt. Ihre 6. Arbeitstagung in Bern war denn auch ganz der konsultativen Verabschiedung zweier Resolutionen zu diesen Themen gewidmet.

Solidarität mit der jüngeren Generation

Die Vasos hatte im Anschluss an die Alterssession vom Dezember 1993 eine Arbeitsgruppe mit der Ausarbeitung des Resolutionstextes zum Krankenversicherungsgesetz beauftragt. Was nun in Bern von Gruppenreferent *Roger Duvoisin* erstmals dem Plenum vorgetragen wurde, löste nach anfänglicher stiller Aufmerksamkeit eine lebhafteste, zeitweise gar heftige Diskussion aus. Dies vor allem, nachdem ein Votant die Privatisierung der Altersversicherung gefordert hatte, ein Vorschlag, der der grossen Mehrheit überhaupt nicht gefallen wollte.

Positiv hingegen stellte sich diese Mehrheit mit einer vernachlässigbaren Anzahl von Gegenstimmen zu dem Resolutionstext, die Abstimmung hatte indes lediglich konsultativen Charakter. Die Verfasser der Resolution würdigen im ersten Absatz des Textes die teilweise Erfüllung der an der Alterssession gestellten Anträge, insbesondere in bezug auf eine obligatorische Krankenversicherung. Durch das Obligatorium, so ist zu lesen, werde ein effizientes Sozialsystem ermöglicht. Das neue Krankenversicherungsgesetz findet

grundsätzlich Anklang bei den Rentnern. Hervorgehoben wird, dass besonders für ältere Menschen die Aufhebung der Vorbehalte bei der Grundversicherung von grossem Nutzen sei. Ebenso werden die absolute Freizügigkeit und die uneingeschränkten Leistungen bei Spitalaufenthalten als positiv bewertet.

Die Resolution spinnt den Faden allerdings weiter und will mit der Unterstützung der Initiative «Für eine gesunde Krankenversicherung» jene Lücken schliessen, welche das Krankenversicherungsgesetz noch offenlasse. Hierbei dreht es sich in erster Linie um Fragen der Finanzierung. Von der im Krankenversicherungsgesetz festgelegten Finanzierungsart distanziert sich die Vasos in ihrem Resolutionstext ausdrücklich. Ausserdem erklären die Zeichnenden der Resolution ihre Solidarität mit der jüngeren Generation, welche sie mittels Unterstützung der Mutterschaftsversicherung und der obligatorischen Versicherung gegen Lohnausfall bekunden wollen.

Gruppenleiter *Joseph Rey* hatte nicht viel Überzeugungsarbeit zu leisten, um die Tagungsteilnehmer für die Verabschiedung der Resolution zu gewinnen. Die Meinungen waren wohl im Vorfeld bereits gemacht worden. Die lebhafteste Diskussion liess eher auf ein reges Interesse am Gegenstand der Resolution schliessen als auf eine Uneinigkeit über Annahme oder Verwerfung derselben.

Die AHV als Dauerbrenner

Mit einer zweiten Resolution bekannte sich die Vasos zu der Volksinitiative 1991 «Zum Ausbau von AHV und IV», welche nächstes Jahr zur Abstimmung kommen wird. Erst mit der Annahme der Initiative könnten existenzsichernde Renten ausbezahlt werden, ist in der Resolution zu lesen. Das Volksbegehren der SP und des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes will die erste Säule gegenüber der zweiten, der BVG, stärken. Über dieses Thema besteht in der Auffassung der Vasos ein grosser Informationsbedarf. Deshalb soll im nächsten Frühling eine weitere Arbeitstagung der aktiven Senioren stattfinden. Das Thema AHV wird also auch inskünftig die Terminsetzung in den Agenden der politisch aktiven Rentner bestimmen.